



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

EU-Wochenspiegel

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt

Ausgabe: 23/17 • 08.06.2017



Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

Am Mittwoch dieser Woche war es wieder soweit: Die Landesvertretung Sachsen-Anhalt in Brüssel begrüßte zu ihrem traditionellen Sommerfest. In diesem Jahr stand es unter dem Motto: „Sachsen-Anhalt: Ursprungsland der Reformation trifft Europa“.

In Anwesenheit von Herrn Ministerpräsidenten Dr. Reiner Haseloff und Kommissar Günther H. Oettinger konnten Gäste aus den europäischen Institutionen in Brüssel das Reformationsjubiläum und die Aktivitäten des Landes in diesem Zusammenhang in informellem Rahmen besser kennenlernen. Dabei hatten sie z.B. Gelegenheit, von den Darstellern „Martin Luther“ (B. Naumann) und „Katharina von Bora“ (Katja Köhler), die extra aus Sachsen-Anhalt angereist waren, mehr über den Reformator und seine Frau zu erfahren.

Einen ausführlichen Bericht können Sie in der nächstwöchigen Ausgabe des Wochenspiegels lesen.

Mit besten Grüßen

Dr. Henrike Franz
Leiterin der Landesvertretung



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

SACHSEN-ANHALT

Wochenspiegel

Wochenspiegel



Inhaltsverzeichnis

<u>Vorwort</u>	2
<u>Aus den Institutionen</u>	4
• Europäische Kommission – Reflexionspapier vorgestellt	
• Europäisches Parlament – Verstärkte Maßnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus gefordert	
• Europäisches Parlament – Weniger Mehrwertsteuer auf E-Books	
• Europäisches Parlament – Digitales Europa: Chancen für Industrie, Bedingungen für „Gigabit-Gesellschaft“	
• Veranstaltung zur regionalen Dimension der Bioökonomie im Ausschuss der Regionen	
<u>Aus den Fachbereichen</u>	8
• Kapitalmarktunion - EU-Unterhändler bringen Verbriefungen und Risikokapital voran	
• Verkehr - Neue Mobilitätsstrategie	
• Zentrum für Europäischen Verbraucherschutz - Ratgeber gibt Tipps für Aufenthalt in Frankreich	
• Erhebliche Fortschritte im Kampf gegen Online-Hetze	
<u>Was, wann, wo</u>	11
• Besuch von Herrn Ministerpräsidenten Dr. Reiner Haseloff in Brüssel	
<u>Ausschreibungen</u>	12
• Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit – Wissenschaftliche Gremien	
• Dienstleister für Sicherheit und Empfang in Bonn gesucht	
• Europäischer Erfinderpreis - Abstimmung für den Publikumspreis läuft	
• Ein Ort. Irgendwo – Internationaler Karikatur-Wettbewerb	
<u>Kontaktbörse</u>	15
• Europäische Projekte – Diverse Partnergesuche	
<u>Büro intern / Tipp</u>	16
• Tipp – Europa vor Ort – Newsletter des AdR	
• Tipp – Haus der Europäischen Geschichte - Neues Ziel für Brüssel-Besucher	
• Neuer Praktikant in der Landesvertretung Sachsen-Anhalt bei der EU	
• GOEUROPE - Quizfragen	
<u>Ihr Kontakt zu uns</u>	20
<u>Impressum</u>	21



Aus den Institutionen

[Zurück zur Übersicht](#)

Europäische Kommission – Reflexionspapier vorgestellt

Auf dem [Fünf-Präsidenten-Bericht](#) vom Juni 2015 aufbauend soll das am 31. Mai veröffentlichte Papier sowohl die Debatte über die [Wirtschafts- und Währungsunion](#) anregen als auch dazu beitragen, zu einer gemeinsamen Sicht ihrer künftigen Ausgestaltung zu gelangen. Unter gebührender Berücksichtigung der Diskussionen in den Mitgliedstaaten und der Standpunkte der anderen EU-Institutionen werden konkrete Schritte dargelegt, die bis zu den Europa-Wahlen im Jahr 2019 eingeleitet werden könnten. Für die darauffolgenden Jahre, in denen die Architektur der Wirtschafts- und Währungsunion vollendet würde, skizziert sie eine Reihe von Optionen.



Für das weitere Vorgehen wären Maßnahmen in drei zentralen Bereichen erforderlich:

1. die Vollendung einer echten Finanzunion:
2. eine stärker integrierte Wirtschafts- und Fiskalunion:
3. die Verankerung demokratischer Rechenschaftspflicht und die Stärkung der Institutionen des Euroraums:

Dieses Reflexionspapier ist das dritte von fünf themenspezifischen Papieren, die die Kommission im [Weißbuch zur Zukunft Europas](#), angekündigt hatte. In dem Weißbuch werden die wichtigsten Herausforderungen und Chancen dargelegt, denen sich Europa im kommenden Jahrzehnt gegenübersehen wird. Das Weißbuch markierte den Anfang eines Prozesses, in dessen Rahmen die EU-27 die Weichen für die Zukunft der Union stellt. Um diesen Prozess zu unterstützen, veranstaltet die Europäische Kommission in europäischen Städten und Regionen zusammen mit dem Europäischen Parlament und interessierten Mitgliedstaaten eine Reihe von Diskussionsrunden zur Zukunft Europas.

Das weitere Vorgehen muss auf einem breiten Konsens beruhen und den anstehenden globalen Herausforderungen Rechnung tragen.

Dementsprechend werden auch die Reflexionspapiere über die [Globalisierung](#) und die [soziale Dimension Europas](#) sowie das kommende Reflexionspapier über die Zukunft der EU-Finzen in die Debatte über die Zukunft unserer Wirtschafts- und Währungsunion einfließen.

Ferner wird die Kommission ein Reflexionspapier zur Zukunft der europäischen Verteidigung veröffentlichen. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Reflexionspapier zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion [Link](#)

Europäisches Parlament – Verstärkte Maßnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus gefordert

Der jüngste Anstieg von Antisemitismus in der EU erfordert verstärkte Maßnahmen, so die Abgeordneten in einer Entschließung, die am 1. Juni angenommen wurde.



Hassreden und Gewalt gegen Europas jüdische Bürger sind unvereinbar mit den Werten der EU. Also müssen alle EU-Mitgliedstaaten Maßnahmen ergreifen, um die Sicherheit ihrer jüdischen Bürger zu gewährleisten, so die Abgeordneten. Sie fordern führende nationale Politiker auf, antisemitischen Aussagen systematisch und öffentlich entgegenzutreten, und drängen die Mitgliedstaaten dazu, einen nationalen Koordinator zur Bekämpfung von Antisemitismus zu ernennen.

Rassistische Motive sollten als erschwerenden Umstand bei Straftaten behandelt werden, und antisemitische Handlungen im Internet sollten ebenfalls verfolgt werden, so der Text der Entschließung.

Die Abgeordneten fordern eine gute grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei der Strafverfolgung, insbesondere im Fall von terroristischen Handlungen. Polizeibehörden sollten spezielle Einheiten für die Bekämpfung von Hassverbrechen einrichten. Um die Strafverfolgung effizienter und wirksamer zu machen, sollten alle Mitgliedstaaten die Definition der IHRA (Internationale Allianz für Holocaust-Gedenken) für „Antisemitismus“ Online-Vermittler wie Suchmaschinen, soziale Medien und App-Plattformen sollten verstärkte Maßnahmen ergreifen, um antisemitische Hassreden zu bekämpfen, so die Abgeordneten. Der Holocaust (oder die Shoah) sollte in Schulen unterrichtet werden und Geschichtsbücher eine zutreffende Beschreibung jüdischer Geschichte und jüdischen Lebens geben und alle Formen von Antisemitismus vermeiden, fügen sie hinzu.

übernehmen.

In einer weiteren Abstimmung gaben die Abgeordneten ihre Zustimmung (540 Stimmen dafür, 77 dagegen, 23 Enthaltungen) zu den Arbeitsschwerpunkten der EU-Agentur für Grundrechte für die Jahre 2018-2022. Dabei geht es um die Bereiche Asyl, Integration von Migranten und Flüchtlingen, Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, Datenschutz und die Inklusion von Roma.

In Gesprächen haben die Verhandlungsführer des Parlaments die EU-Kommission und den Rat dazu gedrängt, die Polizeiarbeit und die Rechtsvorschriften im Bereich der Terrorismusbekämpfung vollständig für die Überwachung durch die Agentur zu öffnen - eine Idee, die zu prüfen sie versprochen haben. • *eag Quelle: PM EP*

Diese Pressemitteilung online mit weiterführenden Links und Informationen: [Link](#)

Europäisches Parlament – Weniger Mehrwertsteuer auf E-Books

EU-Bürger könnten bald günstiger elektronische Bücher erwerben. Das Parlament hat den Mitgliedsstaaten erlaubt, den entsprechenden Mehrwertsteuersatz dem für gedruckte Bücher anzugleichen.

Ein Vorschlag der EU-Kommission, der es den Mitgliedstaaten ermöglicht, eine verringerte Mehrwertsteuerrate auf elektronische Bücher zu erheben, um sie den Raten für gedruckte Inhalte anzugleichen, wurde am 1. Juni mit 590 Stimmen, bei 8 Gegenstimmen und 10 Enthaltungen, angenommen.

Aktuell müssen E-Books mit dem standardisierten Mindestsatz der EU von 15% besteuert werden, während es den Mitgliedstaaten freigestellt ist, auf Printpublikationen die reduzierte Rate von mindestens 5% - und in manchen Fällen sogar gar keine Mehrwertsteuer - zu erheben. Der Berichterstatter hatte unter anderem mit den sich verändernden Lesegewohnheiten argumentiert. • *eag Quelle: PM EP*

Diese Pressemitteilung online mit weiterführenden Links und Informationen: [Link](#)



Europäisches Parlament – Digitales Europa: Chancen für Industrie, Bedingungen für „Gigabit-Gesellschaft“

Die Digitalisierung der europäischen Industrie erfordert mehr Rechtssicherheit sowie Schutzmaßnahmen gegen die Spaltung der Gesellschaft.

Der Zugang zu Telekommunikation sollte in der gesamten EU einheitlich sein, und eine unausgewogene digitale Entwicklung in Branchen wie Verkehr und Tourismus vermieden werden, so die Abgeordneten in einer Entschließung, die am 1. Juni angenommen wurde. Künstliche Intelligenz und Robotertechnik benötigen klare Regeln zu Sicherheit und Haftung. Schulen sollten digitale Kompetenzen lehren, um die "digitale Kluft" zu überwinden und einen reibungslosen Übergang in eine intelligente Wirtschaft zu gewährleisten, und öffentliche Behörden müssten in ihrem öffentlichen Beschaffungswesen die Cybersicherheit berücksichtigen, lautet die Entschließung, die mit 571 Stimmen, bei 32 Gegenstimmen und 35 Enthaltungen, verabschiedet wurde.

Um Verzögerungen, wie sie während des Aufbaus von 4G aufgetreten sind, zu vermeiden, müssen die Mitgliedstaaten bei der Frequenzstrategie besser zusammenarbeiten, so die Abgeordneten in einer weiteren nicht-legislativen Entschließung, die mit 516 Stimmen, bei 65 Gegenstimmen und 42 Enthaltungen, verabschiedet wurde. • *eag Quelle: PM EP*

Diese Pressemitteilung online mit weiterführenden Links und Informationen: [Link](#)

Veranstaltung zur regionalen Dimension der Bioökonomie im Ausschuss der Regionen

6

Am 7. Juni fand im Ausschuss der Regionen (AdR) eine mit dem Netzwerk der Europäischen Chemieregionen (ECRN) organisierte Veranstaltung zur regionalen Dimension der Bioökonomie statt. Im Rahmen einer Paneldiskussion setzten sich Vertreter des AdR, der Kommission (KOM), des Europäischen Parlamentes (EP) und regionaler Cluster mit den Potenzialen der Bioökonomie auseinander. Aus Sachsen-Anhalt nahmen Frau Katrin Budde MdL in ihrer Funktion als AdR-Berichterstatterin der Stellungnahme zur lokalen regionalen Dimension der Bioökonomie und Prof. Dr. Matthias Zscheile vom BioEconomy Cluster in Halle teil.

Die Diskutanten hoben hervor, dass die regionale Ebene zur Verbesserung des Stakeholder-Dialogs und der Produktionsfaktoren für die Bioökonomie besonders wichtig sei. Die Chemieindustrie wurde als Schlüsselsektor für die Umsetzung der Kreislaufwirtschaft identifiziert. Ferner wünschte man sich harmonisierte Politiken und integrierte Märkte auf EU-Ebene. MdEP Kumpula-Natri betonte die Bedeutung der AdR-Stellungnahme zur Bioökonomie als wertvollen Gedankenstoß für die weitere Diskussion. Auch der Vertreter der KOM begrüßte die Verabschiedung der Stellungnahme, da im November 2017 eine Analyse der bisherigen Fortschritte mit Blick auf die zukünftige Ausrichtung der EU-Bioökonomie-Strategie veröffentlicht werde.

Frau Budde wies auf die einstimmige Verabschiedung der Bioökonomie-Stellungnahme im AdR-Plenum am 11. Mai hin. Dies unterstreiche die Bedeutung, die der Bioökonomie beigemessen werde, die wiederum mit dessen Potenzial für die Schaffung neuer Arbeitsplätze und sozialer Kohäsion erklärt werden könne. Wichtig sei die lokale und regionale Ebene für



eine effektive Implementierung der Bioökonomie, insbesondere im Kontext der regionalen Innovationsstrategien und der Kohäsionspolitik. Benötigt werden ferner ein stabiler und zweckmäßiger Rechtsrahmen auf EU-Ebene, verbesserte Synergien zwischen Fördermitteln, Lösungen für die Markteinführung neuer Technologien sowie eine Vermittlung der



Bioökonomie an die Verbraucher. Es sollte ein Europäisches Forum der Bioregionen aufgebaut werden, um zusammen mit dem ECRN und Vorhaben wie S3Chem die regionale Dimension der Bioökonomie auf EU-Ebene widerspiegeln zu können.

Abschließend skizzierten die Vertreter verschiedener Bioökonomie-Cluster den Entwicklungsstand ihrer Initiativen. Vorgestellt wurden das nordrheinwestfälische Biotechnologie-Cluster CLIB2021, der Brightlands Chemelot Campus als Teil der

Universität Maastricht (Niederlande), das BIOPRO-Netzwerk in Baden-Württemberg und das Biomasse-Cluster Valbium aus Wallonien (Belgien). Professor Zscheile wies auf die finanziell bedeutsame Auszeichnung des BioEconomy Clusters durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung als Spitzencluster hin. Dies habe auch neue Kooperationsmöglichkeiten eröffnet, darunter die sog. 3BI-Kooperation mit französischen, belgischen und britischen Clustern. • *df*



Aus den Fachbereichen

[Zurück zur Übersicht](#)

Kapitalmarktunion - EU-Unterhändler bringen Verbriefungen und Risikokapital voran



Nicht an der Börse notierte Unternehmen und soziale Unternehmen in der EU werden sich künftig leichter über Risikokapital finanzieren können. Unterhändler der Mitgliedstaaten, des EU-Parlaments und der Kommission einigten sich am 31. Mai über wichtige Teile des Aktionsplans der Kommission für eine Kapitalmarktunion. Auch auf Maßnahmen zur Wiederbelebung des Verbriefungsmarktes haben sich EU-Unterhändler verständigt. Beides seien wichtige Schritte, um Wachstum, Jobs und Investitionen anzukurbeln, sagte Kommissionsvizepräsident Valdis Dombrovskis.

Bei Verbriefungen werden Vermögenswerte (z. B. Autokredite oder Darlehen an KMU), in aller Regel durch einen Kreditgeber wie z. B. eine Bank, gebündelt und als Finanzinstrument aufgelegt, das dann von Anlegern erworben werden kann. Auf diese Weise kann eine größere Zahl von Anlegern erreicht werden, wodurch die Liquidität steigt und Kapital der Banken für neue Kredite freigesetzt wird. Die Kommission hatte im September 2015 einen neuen [Rechtsrahmen](#) für Verbriefungen vorgeschlagen, die einfach, transparent und standardisiert sind und einer angemessenen Aufsicht unterliegen. Würden die Verbriefungsemissionen in der EU wieder das Volumen erreichen, das sie vor der Krise im Durchschnitt aufwiesen, so würde dies nach den Schätzungen der Kommission zwischen 100 und 150 Mrd. Euro zusätzliche Finanzmittel für die Wirtschaft frei machen.

Nicht an der Börse notierte kleine und mittlere Unternehmen haben häufig Probleme, herkömmliche Bankkredite zu erhalten, und können sich Kapital auch nicht über die Aktienmärkte beschaffen. Alternativen wie Risikokapitalfonds können ihnen helfen, zu expandieren und sich weiterzuentwickeln. Mit der [EuVECA](#)- und der [EuSEF](#)-Verordnung wurden im bestehenden EU-Recht zwei Arten von Investmentfonds geschaffen, die es für private Sparer einfacher und attraktiver machen, in nicht börsennotierte KMU zu investieren. Die nun beschlossenen gezielten Änderungen an diesen Verordnungen sollen die Nutzung dieser Investmentfonds fördern. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Capital Markets Union: EU agrees to more support for venture capital and social enterprises [Link](#)

Capital Markets Union: EU reaches agreement on reviving securitisation market [Link](#)

Verkehr - Neue Mobilitätsstrategie

Sauberer, sozial gerechter und wettbewerbsfähig soll Mobilität in der EU werden. Dazu hat die EU-Kommission am 31. Mai ihre Strategie „Europa in Bewegung“ mit insgesamt acht Legislativvorschlägen speziell zum Thema Verkehr vorgestellt. Unter anderem schlägt sie





eine gerechtere, umweltfreundlichere Mauterhebung und neue Regeln für grenzüberschreitende Lkw-Fahrten in der EU vor. Deutschland hatte sich in seinem Kompromiss mit der EU-Kommission zur Pkw-Maut Ende 2016 verpflichtet, die schrittweise Einführung eines streckenbasierten, interoperablen europäischen Mautsystems zu unterstützen.

Mit den ersten acht Gesetzesvorschlägen sollen auch die Verkehrssicherheit verbessert, Luftverschmutzung, Verkehrsüberlastung und der Verwaltungsaufwand für Unternehmen verringert, illegale Beschäftigung bekämpft sowie angemessene Bedingungen für die Arbeitnehmer gewährleistet werden.

Dieses Paket wird in den kommenden zwölf Monaten durch weitere Vorschläge ergänzt, die auch Emissionsstandards für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge sowie erstmals für schwere Nutzfahrzeuge für die Zeit nach 2020 enthalten werden. Dies ergibt sich aus dem aktuellen Vorschlag für die Überwachung und Meldung der CO₂-Emissionen und des Kraftstoffverbrauchs von schweren Nutzfahrzeugen. Durch diese Vorschläge werden die Innovation weiter vorangetrieben, die Wettbewerbsfähigkeit gestärkt, die CO₂-Emissionen gesenkt, die Luftqualität und die öffentliche Gesundheit verbessert und die Straßenverkehrssicherheit erhöht. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Die vollständige Pressemitteilung [Link](#)

Zentrum für Europäischen Verbraucherschutz - Ratgeber gibt Tipps für Aufenthalt in Frankreich

Viele Deutsche gehen jedes Jahr für einige Zeit nach Frankreich, zum Studieren, um ein Praktikum oder eine Ausbildung zu machen, oder einfach nur, um einige Zeit dort zu leben. Viele praktische Tipps dafür, wie ein solcher Aufenthalt reibungslos gelingt, hat das Zentrum für Europäischen Verbraucherschutz (ZEV) nun in einer kostenlosen Ratgeberbroschüre zusammengestellt. Die Themenpalette ist breit gefächert. Da geht es etwa um mögliche Beihilfen und Fördergelder, die zur Finanzierung des Frankreich-Aufenthaltes beantragt werden können. Aufgeführt werden auch die notwendigen Formalitäten, etwa der Abschluss der notwendigen Versicherungen und es gibt Hinweise, wie man eine Unterkunft finden kann und was bei Mietverträgen beachtet werden sollte.



Weitere Themen sind Kontoeröffnung, Krankenversicherung, Medikamentenkauf und Rückerstattung von Arztkosten, Tipps für das Jobben, Hinweise zu Verkehrsmitteln oder der Nutzung von Internet, Handy und Telefon. • *eag Quelle: EU Nachrichten 09/17*

Mehr dazu: Ratgeber Studieren und Leben in Frankreich [Link](#)



Erhebliche Fortschritte im Kampf gegen Online-Hetze

Wie Facebook, Twitter, Google und Microsoft ihre Zusagen zur Bekämpfung von illegaler Hetze im Internet seit der Vereinbarung des Verhaltenskodex vor einem Jahr einhalten, zeigt eine am 1. Juni von der EU-Kommission vorgelegte Evaluierung. Demnach haben die Unternehmen bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen erhebliche Fortschritte gemacht: 59 Prozent aller Meldungen über mutmaßliche Hassbotschaften haben dazu geführt, dass der entsprechende Inhalt entfernt wurde. Damit liegt der Prozentsatz mehr als doppelt so hoch wie noch vor sechs Monaten (28 Prozent).



(Auch die Anzahl der Meldungen, die innerhalb von 24 Stunden nach ihrem Eingang überprüft wurden hat sich erhöht: von 40 auf 51 Prozent. Allerdings ist Facebook das einzige Unternehmen, das gemäß der eingegangenen Verpflichtung den Großteil der Meldungen innerhalb eines Tages prüft.

Die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Grundrechte sind Grundwerte der Europäischen Union. Zusammen mit Social-Media-Unternehmen und anderen Plattformen müssen die EU und ihre Mitgliedstaaten die nötigen Schritte ergreifen, damit das Internet nicht zu einem rechtsfreien Raum für illegale Hetze und Gewalt wird.

Die Kommission wird die Umsetzung des Verhaltenskodex mithilfe von Organisationen der Zivilgesellschaft weiter beobachten. Von den IT-Unternehmen werden insbesondere auf dem Gebiet der Transparenz der bei den gemeldeten Inhalten zugrunde gelegten Kriterien und der Rückmeldungen an Nutzerinnen und Nutzer Verbesserungen erwartet.

Die Kommission wird die Ergebnisse dieser Bewertung im Rahmen der Arbeiten berücksichtigen, die sie in ihrer Halbzeitbewertung über die Umsetzung der Strategie für einen digitalen Binnenmarkt angekündigt hatte. Sie wird auch ihre Anstrengungen zur Förderung einer effizienteren Zusammenarbeit zwischen den IT-Unternehmen und den nationalen Behörden fortsetzen. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Pressemitteilung: Bekämpfung von Hetze im Internet– Fortschritte bei der gemeinsamen Initiative der Kommission mit Social-Media-Plattformen und der Zivilgesellschaft [Link](#)



Was, wann, wo

[Zurück zur Übersicht](#)

Besuch von Herrn Ministerpräsidenten Dr. Reiner Haseloff in Brüssel

Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff hielt sich am Mittwoch, 7. Juni 2017 in Brüssel auf, um Gespräche mit Vertretern der Europäischen Institutionen zu führen.

Im Gespräch mit dem EU-Kommissar für Haushalt und Personal, Günther H. Oettinger ging es insbesondere um die künftige Finanzausstattung der Europäischen Union und die Auswirkungen auf deutsche Bundesländer.

Auch Treffen mit den Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus Sachsen-Anhalt standen auf der Agenda. Mit MdEP Sven Schulze tauschte sich Herr Ministerpräsident über die aktuellen Schwerpunkte seiner Tätigkeit aus.

In weiteren Gesprächen ging es einerseits um die weitere Entwicklung der Europäischen Union und die Auswirkungen des Brexit und andererseits um aktuelle Fragen im Bereich des Umweltschutzes und der Energiepolitik.

Ministerpräsident Reiner Haseloff hat mit Blick auf ein Ende der Braunkohleförderung ein Hilfsprogramm für die betroffenen Regionen gefordert. Ziel müsse es sein, neue Jobs in verwandten oder neuen Industriezweigen zu schaffen. So könnte der Wegfall Tausender Arbeitsplätze in den ostdeutschen Bergbaugebieten kompensiert werden. Das Strukturprogramm sollte aus Sicht des Ministerpräsidenten spätestens mit der neuen EU-Förderperiode ab 2020 starten. Zwar sei der Abbau der Braunkohle bis 2035 gesichert, der Wegfall der regional prägenden Arbeitgeber müsse jedoch langfristig vorbereitet werden.

Am Abend nahm Herr Ministerpräsident am traditionellen Sommerfest der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der EU teil. In diesem Jahr stand es unter dem Motto „Sachsen-Anhalt: Ursprungsland der Reformation trifft Europa“. Gäste aus den europäischen Institutionen in Brüssel hatten die Möglichkeit, Sachsen-Anhalt und die Aktivitäten anlässlich des Reformationsjubiläums in informellem Rahmen besser kennenzulernen. Als Ehrengast begrüßte Herr Ministerpräsident Kommissar Günter H. Oettinger. • hf



Ausschreibungen

[Zurück zur Übersicht](#)

Gegenstand: 	Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit Aufruf zur Interessenbekundung für die Mitgliedschaft in den Wissenschaftlichen Gremien und im Wissenschaftlichen Ausschuss der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) (Parma/Italien) Zeichen: EFSA/E/2017/01
Fundstelle: Abl.	C 174 vom 1. Juni 2017 http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=OJ:C:2017:174:FULL&from=DE
Bewerbungsfrist:	8. September 2017
Antragsunterlagen:	Die Bewerber werden gebeten, ihre Bewerbung elektronisch über das Karriereportal der EFSA einzureichen: careers.efsa.europa.eu/experts http://www.efsa.europa.eu

Dienstleister für Sicherheit und Empfang in Bonn gesucht

12

Die Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland führt ein nicht offenes Ausschreibungsverfahren für einen Direktvertrag über die Erbringung von Wach- und Empfangsdienstleistungen (einschließlich Telefonzentrale) für die Regionalvertretung der Europäischen Kommission in Bonn, Deutschland, durch (PR /2017-03-SEC/BON).

Wenn Sie sich an der Ausschreibung beteiligen möchten, lesen Sie hierzu die Mitteilung Nr. 2017/S 99, Veröffentlichung im Amtsblatt der EU, Reihe S vom 24. Mai 2017. Die Bewerbungsunterlagen zu der vorgenannten Ausschreibung und alle zusätzlichen Informationen werden auf der unten angegebenen eTendering-Webseite bereitgestellt. Die Website wird regelmäßig aktualisiert, und Sie sind innerhalb der Einreichungsfrist selbst dafür verantwortlich zu überprüfen, ob Aktualisierungen oder Änderungen vorgenommen wurden. Die Frist für den Eingang der Anträge auf Teilnahme an der Ausschreibung endet am 30. Juni 2017.

• *eag Quelle: EU Nachrichten 09/17*

Mehr erfahren Sie hier: Ausschreibung [Link](#)



Europäischer Erfinderpreis - Abstimmung für den Publikumspreis läuft

15 kluge Köpfe aus 12 Ländern sind im Finale des Wettbewerbs um den Europäischen Erfinderpreis 2017, der vom Europäischen Patentamt vergeben wird. Über die Gewinner in fünf Kategorien entscheidet eine internationale Jury.



Zusätzlich kann die Öffentlichkeit einen der 15 Finalisten mit dem Publikumspreis auszeichnen. Bis zum 11. Juni ist die Abstimmung über das Internet möglich. Unter den Teilnehmern wird ein Set „intelligenter“ Leuchten verlost.

Zur Wahl für den Publikumspreis stehen auch vier deutsche Erfinder. Günter W. Hein gehört zu einem Team, das Signaltechnologie für das europäische Satellitennavigationssystem Galileo entwickelt hat. Der Chemiker Günter Hufschmid geht mit seiner „Zauberwatte“ gegen Öl- und Chemikalienverschmutzungen ins Rennen. Robert Huber war an der Entwicklung der optischen Kohärenztomografie für frühzeitige medizinische Diagnosen beteiligt und der Molekularbiologe Axel Ullrich ist für sein Lebenswerk im Kampf gegen Krebs nominiert.

• *eag Quelle: EU Nachrichten 09/17*

Mehr erfahren Sie hier: Publikumspreis für europäische Erfinder [Link](#)

Ein Ort. Irgendwo – Internationaler Karikatur-Wettbewerb

Nie zuvor waren weltweit so viele Menschen auf der Flucht oder sind aus anderen Gründen aus ihrer Heimat migriert. Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen UNHCR geht dabei derzeit von einer Zahl von ca. 60 Millionen Geflüchteten aus, und die Zahlen steigen in jedem Jahr. Daneben gibt es die nicht registrierte, unsichtbare Flucht, innerhalb der Familie oder die heimliche über Grenzen, die in keiner Statistik erscheint und nur geschätzt werden kann. Weltweit leben heute 250 Millionen Menschen in einem anderen als ihrem Geburtsland.

Die Gründe sind zahlreich, genauso wie die Schicksale der einzelnen Menschen, die sich dahinter verbergen: Um der Armut und Perspektivlosigkeit zu entkommen, vor Kriegen, Umweltzerstörung und den Folgen des Klimawandels zu fliehen, vor den Folgen der Diskriminierung und der Verfolgung auf Grund des Geschlechts oder der sexuellen Orientierung, wegen der Zugehörigkeit zu einer anderen Religion oder einer anderen politischen Ansicht.

Die Folgen für die Betroffenen, ihre Familien und Freunde, sind immens. Die Entwurzelung, das Leben auf der Flucht, in Flüchtlingslagern und –heimen, davon nur ein Bruchteil in Europa oder anderen Ländern der westlichen Welt treffen die Menschen hart und meist bitter. Aber all diesen Menschen gemeinsam ist der Wunsch, an einem besseren, lebenswerteren Ort anzukommen und ein menschenwürdiges Leben in Frieden zu verbringen.

- Wo aber finden sich Ansätze zur Beseitigung der strukturellen Ursachen von Armut und Ausgrenzung, etwa durch Bildung, Teilhabe, medizinische Versorgung, durch menschenwürdige Arbeitsplätze, Toleranz und kulturelle Vielfalt?



- Wo finden sich erfolgreiche Ansätze dafür, die Lebensbedingungen so zu gestalten, dass Menschen sich nicht auf waghalsige Wege machen müssen, sondern bleiben oder auch zurückkehren können in ihre Heimat.
- Und wo finden sich Ansätze, die ein Leben in Würde und Sicherheit und die Verwurzelung in einer neuen Heimat ermöglichen.

Mit der Ausschreibung des internationalen Karikatur-Wettbewerbes Ein Ort. Irgendwo? möchten wir Stimmen und Ansichten aus unterschiedlichen Ländern und Perspektiven sammeln, die es ermöglichen die Ursachen von Flucht und Migration zu verstehen, die Folgen für die Lebenssituation der betroffenen Menschen, insbesondere auch die besonderen Konsequenzen für Frauen und Kinder, sichtbar zu machen. Und auch fragen, wo und wie sich Alternativen zeigen, die dazu beitragen, die Ursachen für Flucht zu bekämpfen.

Die Ergebnisse des Wettbewerbes möchten wir in ein Wanderausstellung und einem Katalog veröffentlichen, die in möglichst vielen Städten gezeigt werden kann. Damit möchten wir nicht nur informieren, wie Menschen in anderen Ländern und Weltregionen auf das Thema blicken, sondern ermutigen, sich selber in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit Flucht und Migration zu engagieren.

Teilnahmebedingungen:

Künstler und KünstlerInnen können sich mit bis zu drei Arbeiten bewerben. Die maximale Größe der Karikaturen ist DIN à 3-Format oder eine Datei mit einer 300 dpi Auflösung (Schwarz/Weiß oder Farbe).

Einsendeschluss ist der 30. Juli 2017.

Einsendungen bitte an: EXILE-Kulturkoordination e.V. / Wandastr. 9 / D-45136 Essen / Germany oder

competition@exile-ev.de (Kommunikation in Deutsch oder Englisch)

Eine Jury wählt die drei besten Einsendungen aus, die mit jeweils 1.000 €, 750 € und 500 € prämiert werden, sowie insgesamt 10, die eine Erwähnung erhalten und ca. 100, die Teil einer Wanderausstellung und eines Kataloges werden. Die Karikaturistinnen und Karikaturisten stellen mit ihrer Teilnahme für diese Nutzung und für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit die Rechte zur Veröffentlichung ihrer Arbeiten zur Verfügung.

EXILE-Kulturkoordination ist eine Non-Profit-Agentur für Internationale und Interkulturelle Kunst-, Kultur- und Bildungsprojekte. Seit der Gründung haben wir 8 Internationale Karikatur-Wettbewerbe durchgeführt und daraus erfolgreiche Wanderausstellungen zu Themen wie Arbeits-Migration, Rassismus, Ökologie oder Frauenrechten entwickelt. „Mit den Angeboten der EXILE-Kulturkoordination möchten wir - mit den Mitteln von Kunst und Kultur - ungehörte Stimmen hörbar machen und so Perspektivwechsel und Verständnis für die Vielfalt der Gesellschaft in der globalisierten Welt ermöglichen.“ (www.exile-ev.de)

Ein Projekt der EXILE-Kulturkoordination in Kooperation mit Engagement Global im Auftrag des BMZ

- eag Quelle: Rundmail Deutsche Botschaft Brüssel vom 1. Juni 2017



Kulturkoordination

ENGAGEMENT
GLOBAL

Service für Entwicklungsinitiativen



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung



Kontaktbörse

[Zurück zur Übersicht](#)

Europäische Projekte - Diverse Partnergesuche

Projektname Programm Land	Kontakt und Details	Kurzbeschreibung / Stichworte
Project SPACE (SP ort And CarE) Molise Region (IT)	alberta.delisio@regione.molise.it Tel.: 0039 (0)874 437750	<p>The Molise Region, from Italy, want to submit the project proposal "SPACE" – Sport and Care - under the Call for Proposal of the Third Programme of the Union's action in the field of health (2014-2020) (http://ec.europa.eu/chafea/health/calls-projects-2017_en.html).</p> <p>The main objective of project is to guarantee the full inclusion of the students with intellectual disabilities through the motor and sporting activity, to strengthen in the young people the competences cognitive, report them and values, to favor the formative success and the share of it to the social and working life.</p> <p>The deadline for the call is 15th June.</p> <p>Third Programme of the Union's action in the field of health (2014-2020) "Supporting Member States in mainstreaming health promotion and disease prevention in health and educational settings"</p>



Büro intern / Tipp

[Zurück zur Übersicht](#)

Tipp – Europa vor Ort – Newsletter des AdR

Die Maiausgabe des AdR Newsletters „Europa vor Ort“ ist aktuell veröffentlicht worden. Darin werden u.a. folgende Themen aufgegriffen:

- Politische Bündnisse schmieden, um die Kluft zwischen Bürgern und EU zu überwinden
- Zusammenfassung der Plenartagung: 11./12. Mai 2017
- EU-Kommunalpolitiker wollen eine schnellere, flexiblere und besser verzahnte Kohäsionspolitik als Kernelement des künftigen Europas (BE Dr. Michael Schneider)
- Europäischer Ausschuss der Regionen fordert Berücksichtigung von Insellage bei den EU-Kohäsionsmaßnahmen nach 2020
- Hin zu einer wissensbasierten Bioökonomie: Städte und Regionen dringen auf Überarbeitung der EU-Politik (BE: Katrin Budde)
- 10./11. Juli: Jahreskonferenz zur dezentralen Zusammenarbeit
- Entdecken Sie die Partner der Europäischen Woche der Regionen und Städte 2017

Der Newsletter kann hier elektronisch abonniert und eingesehen werden [Link](#)

Sachsen-Anhalt wird in dieser Legislatur durch

- Dr. Michael Schneider, Staatssekretär, Bevollmächtigter des Landes Sachsen-Anhalt beim Bund, und
- Katrin Budde, Mitglied des Landtages von Sachsen-Anhalt, vertreten





Tipp – Haus der Europäischen Geschichte - Neues Ziel für Brüssel-Besucher



Sehen, Hören, Fühlen und manchmal sogar Riechen: Das neu eröffnete „Haus der Europäischen Geschichte“ in Brüssel will versuchen, die verschiedenen Sinne seiner Besucher anzusprechen, und damit Menschen unterschiedlicher Altersgruppen und mit verschiedenen Vorkenntnissen zu erreichen. Spezielle Angebote für Schulen oder Familien, Workshops, Seminare und der Einsatz von Multimedia-Guides sollen einen maßgeschneiderten Zugang zur Geschichte

Europas ermöglichen – in den 24 Amtssprachen der EU.

Die Dauerausstellung geht zunächst auf Überzeugungen und Ansichten ein, die das 19. Jahrhundert prägten, um die turbulenten Ereignisse des 20. Jahrhunderts verständlicher zu machen. Dann geht es um Europas Abstieg in Krieg und Zerstörung und die anschließende Suche nach einem besseren Leben in einem zunehmend vereinten Europa. Das neue Museum befindet sich in einem frisch renovierten Art-Deco-Gebäude in der Nähe des Europäischen Parlaments in Brüssel - Eastman-Gebäude im Parc Léopold. Der Eintritt ist kostenlos.

• *eag Quelle: EU Nachrichten 09/17*

Mehr erfahren Sie hier: Haus der Europäischen Geschichte [Link](#)

Neuer Praktikant in der Landesvertretung Sachsen-Anhalt bei der EU (CK)

17

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mein Name ist Christian Kuhm und ich werde in den kommenden zwei Monaten ein Praktikum in der Landesvertretung des Landes Sachsen-Anhalt absolvieren.

Den Bachelorabschluss habe ich in meiner Heimatstadt Stuttgart in Wirtschaftswissenschaften erlangt. Derzeit studiere ich im Masterstudiengang European Studies in Magdeburg. Der Master findet in Kooperation mit der Babeş-Bolyai-Universität in Cluj-Napoca (Rumänien) statt. Durch mein erstes Praktikum in der öffentlichen Verwaltung erhoffe ich mir einen besseren Einblick in die Arbeit und Funktionsweise der Europäischen Union auf regionaler Ebene zu erhalten. In Bezug auf meine weitere berufliche Laufbahn bin ich sehr an einer Tätigkeit auf europäischer Ebene interessiert. Innerhalb der Landesvertretung bin ich Herrn Daniel Wentzlaff, Referent für Energie, KMU, Cluster- und Industriepolitik, Tourismus, Standortmarketing und Digitale Agenda zugeteilt. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit allen neuen Kolleginnen und Kollegen!

Mit großer Vorfreude und lieben Grüßen,
Christian Kuhm



GOEUROPE! die Jugendberatungsstelle



GOEUROPE! Europäisches Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt ist die Jugendberatungsstelle für Fragen zu europäischen Mobilitätsprogrammen sowie in der Vermittlung europäischer Themen und

Kompetenzen an junge Menschen in Sachsen-Anhalt.

Gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt Transnational“ hat sich das Europäische Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt zum Ziel gesetzt, die beruflichen Chancen und die Beschäftigungsfähigkeit junger Sachsen-Anhalter durch die Vermittlung europäischer Kompetenzen zu steigern.

In Trägerschaft des DRK Landesverbandes Sachsen-Anhalt e.V. wird GOEUROPE! gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt transnational“.



**Deutsches
Rotes
Kreuz**

Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.

Viel Spaß beim Lösen der GOEUROPE! Quizfragen dieser Woche:

1. Was verbirgt sich hinter der Kampagne #internationalheart?
 - a. Eine internationale Initiative, zur Unterstützung von grenzüberschreitenden Ehen.
 - b. Eine Onlinekampagne des Aktionsbündnis Anerkennung International.
 - c. Das Onlineformat des „International Heart Journals“,

2. Die kürzlich von der EU-Kommission vorgelegte Studie über die Auswirkungen grenzüberschreitender Freiwilligenarbeit im Kontext des Europäischen Freiwilligendienstes beinhaltet viele interessante Fakten zum EFD. Was hindert Einzelpersonen vor allem an der Teilnahme am EFD?
 - a. Finanzielle Schwierigkeiten
 - b. Angst vor der Fremde
 - c. Kenntnisdefizit über das Chancenangebot

3. Und nun eine kurze Wissensabfrage: Wie heißt die Hauptstadt Estlands?
 - a. Riga
 - b. Vilnius
 - c. Tallinn



Antworten:

1. b) #internationalheart ist eine Onlinekampagne des Aktionsbündnis Anerkennung International, die den bundesweiten Aktionstag zum internationalen Jugendaustausch begleitet. Am 8. Juni 2017 machen sich Jugendliche deutschlandweit auf den Weg in ihre örtlichen Wahlkreisbüros und diskutieren mit Abgeordneten über die Zukunft des internationalen Jugendaustauschs. Im Gepäck haben sie drei Vorschläge, die sie den Abgeordneten überreichen werden. Unter anderem fordern die Jugendlichen einen Mobilitätsgutschein für eine Austauschfahrt. Im Rahmen der Onlinekampagne #internationalheart können die teilnehmenden Jugendlichen alles über ihren Besuch in den sozialen Medien über #internationalheart posten. Auch in Sachsen-Anhalt werden Jugendliche ihre Wünsche und Vorstellungen bezüglich internationalem Jugendaustausch mit Bundestagsabgeordneten aus Sachsen-Anhalt teilen und diskutieren.

2. c) Die befragten Jugendlichen gaben als Hinderungsgrund für die Teilnahme am EFD besonders häufig ein Kenntnisdefizit über das Chancengebot entsprechend der allgemeinen Beteiligung in den Bereichen formale und nicht-formale Bildung, Weiterbildung, Aktivitäten im Jugendbereich und dem sozioökonomischen Hintergrund. Viele bemerkten, dass Informationen zum EFD die Masse der Jugendlichen nicht erreicht, insbesondere Jugendliche mit geringeren Chancen. Anders ausgedrückt funktioniert die Informationsbrücke zwischen Anbietern sowie MultiplikatorInnen vom EFD und Jugendlichen nicht ausreichend. Aus diesem Grund entwickelt GOEUROPE! das Mobilitätskonto für Jugendliche im Rahmen eines Modellprojektes des Innovationsfonds des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Hiermit soll die Lücke zwischen Anbietern und interessierten Jugendlichen jugendgerecht geschlossen werden, mehr Jugendliche zur Teilnahme an grenzüberschreitenden Maßnahmen zu bewegen und erlangte Kompetenzen anzuerkennen.

3. c) Die richtige Antwort ist Tallinn. Der Name Tallinn, den die Stadt seit der Eroberung durch den dänischen König Waldemar 1219 im Estnischen trägt, wird üblicherweise abgeleitet von Taani-linn(a), das heißt „Dänische Stadt“ oder „Dänische Burg“. Estlands Hauptstadt Tallinn ist mit knapp 400.000 Einwohnern zugleich die größte Stadt des Landes. Am 17. Mai 2017 empfing Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff den Botschafter der Republik Estland, S.E. Dr. William Mart Laanemäe, zum offiziellen Antrittsbesuch in Sachsen-Anhalt. Hierbei standen der Meinungs-austausch sowie aktuelle Entwicklungen in den beiden Ländern im Mittelpunkt. Die estnische Region Ida-Virumaa ist Mitglied des von Sachsen-Anhalt initiierten Europäischen Chemieregionen-Netzwerkes (ECRN).



Ihr Kontakt zu uns

[Zurück zur Übersicht](#)

Unsere Anschrift

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt
bei der Europäischen Union
80, Boulevard Saint Michel
B – 1040 Brüssel
Belgien

E-Mail-Adresse

sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de

Telefon (Sekretariat)

+32 2 741 09 31

Telefon (direkt)

+32 2 741 09 – Durchwahl

Fax

+ 32 2 741 09 39

Ihre Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner

Name	Fachbereiche und Themen		
Dr. Henrike Franz (HF)	Leiterin des Büros, Grundsatzangelegenheiten der EU	...30	E-Mail
Carmen Johannsen (Jo)	Stellvertretende Leiterin, Presse u. ÖA, Medien, Haushalt, Veranstaltungen	...33	E-Mail
Dr. Margarete Schwarz (MS)	Landwirtschaft, Umwelt	...12	E-Mail
Martina Lehnart (ML)	Justiz und Innenpolitik	...18	E-Mail
Daniel Wentzlaff (DW)	Digitale Agenda, Energie, KMU, Cluster- und Industriepolitik, Tourismus, Standortmarketing	...19	E-Mail
David Fenner (DF)	Innovation, Forschung, Beihilfen und Vergabe, Regionalpolitik	...10	E-Mail
Andreas Schweitzer (AS)	Ausschuss der Regionen, Demografie, EU-Förderprogramme, Verkehr	...38	E-Mail
Elke Andrea Große (EAG)	Redaktion EU-Wochenspiegel, Veranstaltungen	...32	E-mail
Doris Bergner (DB)	Verwaltung, Veranstaltungen	...36	E-Mail
Ulrike Goldfriedrich (UG)	Assistenz der Leiterin und Sekretariat, Besucherbetreuung	...31	E-Mail
Philipp Bors (PB)	Praktikant	...14	E-Mail
Christian Kuhm (CK)	Praktikant	...22	E-Mail

[Zurück zur Übersicht](#)



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

Impressum

Herausgeber

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der
Europäischen Union
Boulevard Saint Michel 80, 1040 Brüssel

Verantwortliche Redakteurin

Elke Andrea Große

Fotos

Elke Andrea Große, sofern nicht anders angegeben
oder Quelle: Internet

Layout

Patrick Karwath

Die Artikel sind mit Namenskürzeln versehen.

Dieser Newsletter wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Sachsen-Anhalt herausgegeben. Er darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf dieser Newsletter nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.

